

Arbeiterstimme

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abonnementpreise monatlich (frei Haus 2,50 M., halbjährlich 12,50 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-N. / Verlagsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachadresse Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiedsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für 1000 Exemplare. Die dreifache Spalte 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 19. Juni 1929

Nummer 140

530 Millionen neue Massensteuern

Der Panzerkreuzerbau beschlossen — Ein Marinebauprogramm bewilligt — Die Arbeiter müssen zahlen — Steuergeschenke an die Kapitalisten — Garnisonen gegen die Sowjetunion

Abstimmungskomödie der Sozialdemokraten

Am Dienstag wurde im Reichstag der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Der Finanzminister Hilferding vertrat das vom Bürgerblock übernommene Finanzprogramm. Das Steuervereinfachungsgesetz müsse bald verabschiedet werden. Über die Lage der Arbeiter verlor Hilferding kein Wort. Der Zentrumsvizepräsident Brüning erklärte, die Ursache des jetzigen Teufels liege in dem ungeheuren Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1926 und in der Erwerbslosenerhöhung.

Der Genosse Ende hielt mit der Finanzpolitik Hilferdings Abrechnung. Am 29. März 1928 habe der Vorsitzende der SPD, Weis, zum Etat des Bürgerblocks erklärt:

„Ablehnung der Kinderpeisung auf der einen und Bewilligung von Millionen für militärische Spielerei auf der anderen Seite legen dem Ganzen die Krone auf.“

Heute habe die SPD alle kommunistischen Anträge gegen den Militarismus niedergestimmt. In einem Wahlzettel erklärte die SPD: „Was kostet ein falscher Stimmzettel? Tausend Mark hätten ihr sparen können, wenn ihr den richtigen Stimmzettel abgegeben hättet.“ Heute koste ein sozialdemokratischer Stimmzettel von Arbeitern 1100 Mark. Die Sozialdemokraten haben die Steuern nicht abgebaut, sondern gegenüber dem Bürgerblock um 530 Millionen Mark erhöht. Die hässliche Mehrbelastung der Massen wurde verschärft.

An Jollen kamen im Jahre 1924 356 Millionen ein, 1925 waren es bereits 590 Millionen, 1927 1200 Millionen und unter Hilferding ist diese Summe nicht abgebaut worden, sondern wird durch die neuesten Zollerhöhungspläne weiter in die Höhe getrieben.

Hilferding erhöhte noch die Tabaksteuer, erhöhte die Biersteuer, erhöhte die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol, erhöht die Einnahmen aus der Lohnsteuer. Demgegenüber stehen die Geschenke an die Kapitalisten. Die Professionssteuer wurde ausgesetzt, es kam der Verzicht auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer für die tote Hand — ein Geschenk an die Besitzenden von rund 150 Millionen — es kam die Herabsetzung der Einkünfte aus der Kapitalerwerbsteuer von 31 Millionen, die Herabsetzung der Schenkungssteuer von 14 Millionen. (Hört, hört! bei den Kommunisten) Das ist noch nicht alles! Hilferding verzichtete auf die Vermögenszuwachssteuer in Höhe von 104 Millionen.

Die Politik der Sozialdemokraten für das Trustkapital, der miserliche Wählerbetrug durch die SPD wurde besonders deutlich durch die am gestrigen Tage erfolgten Abstimmungen über die Wehrfragen.

Abgestimmt wurde zuerst über den kommunistischen Antrag auf Gewährung des Wahlrechts an die Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine. Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich und ergab seine Ablehnung mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 226 Stimmen der übrigen Parteien. Ein wesentlicher Teil der Sozialdemokraten hat sich also an dieser Abstimmung gar nicht beteiligt, obgleich ihr Fraktionsobmann, Schöpslin, in Worten ausdrücklich das Wahlrecht für die Soldaten forderte. Unter allgemeiner Spannung erfolgte dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf

Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate.

Die Abstimmung auch hierüber war namentlich und ergab seine Ablehnung mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 224 Stimmen der bürgerlichen Parteien.

Bei dieser Abstimmung hatten 40 sozialdemokratische Abgeordnete sich gedrückt und die 4 sozialdemokratischen Minister ausdrücklich rote Karten abgegeben und damit dokumentiert, daß sie für den Bau des Panzerkreuzers sind.

Diese Abstimmung lieferte den Gipfelpunkt sozialdemokratischer Deuselei. Ein Teil der Sozialdemokraten enthielt sich der Stimme, der größte Teil stimmte aus demagogischen Gründen für den kommunistischen Streichungsantrag, und die Minister, die ausführenden Organe der Sozialdemokraten, stimmten von vornherein gegen den kommunistischen Antrag.

Schon bei der nächsten Abstimmung sollte das widerliche Komödientenspiel der Sozialdemokraten vollkommen entlarvt werden. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die im Marinetat eingelegte Rate von 8,9 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers „Rönin“ zu streichen.

In namentlicher Abstimmung über diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten geschlossen mit den bürgerlichen gegen den kommunistischen Streichungsantrag. Sie bekundeten durch diese Abstimmung ausdrücklich ihr Einverständnis mit der deutschen Marineaufrüstung.

Das Abstimmungsergebnis war hier 44 Stimmen für den kommunistischen Streichungsantrag und 331 Stimmen dagegen.

Alle Streichungsanträge der kommunistischen Fraktion zu den einzelnen Positionen im Reichswehretat wurden von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt. Auch der kommunistische Antrag, die Uebertragbarkeit der Summen zu streichen, wurde von derselben Einheitsfront abgelehnt. Die Sozialdemokraten erklärten sich dadurch auch für die Verschleierung im Etat und für die illegale Aufrüstung.

Angenommen wurde der Antrag der Wirtschaftspartei, der von der Regierung die Vorlegung eines ganzen Marineprogramms auf längere Sicht verlangt. Mit der Annahme dieses Antrages wurde bereits das Einverständnis des Reichstages mit dem Bau der ganzen Panzerkreuzerflotte gegeben.

Angenommen wurde auch der deutschnationale Antrag, alle Garnisonen in den östlichen Grenzgebieten ausstreifen zu lassen. Angenommen von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen wurden auch alle im Etat vorgesehenen Ausgaben für Lärnungs- und Rebellungsveruche.

Die Kommunisten hatten ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener eingebracht, die Abstimmung hierüber ist für die Arbeiterklasse äußerst lehrreich. Wieder ist es die Einheitsfront von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, die dem Kriegsminister der Hermann-Müller-Regierung ausdrücklich ihr Vertrauen ausspricht. Groener wird dieses Vertrauen zu würdigen wissen durch eifrige Fortsetzung seiner Aufrüstungspolitik.

Diese Abstimmungskomödie der Sozialdemokraten hat den Arbeitern wieder die Rolle der SPD gezeigt.

Die Sozialdemokraten, deren Minister für den Panzerkreuzerbau stimmten, vollführen die imperialistische Aufrüstung des deutschen Kapitals. Sie bereiten den neuen imperialistischen Krieg vor. Deswegen führen sie in Deutschland ihren Terror durch, deswegen verbieten sie die Zeitungen der kommunistischen Partei, damit die Arbeiter die Taten der SPD nicht erfahren.

Jeder Tag bestätigt aber den Arbeitern, daß die SPD mit den Interessen des Proletariats nichts gemein hat. Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterbetrugs, der Massensteuern, des Panzerkreuzerbaus und der Kriegsausrüstungen. Nur die KPD ist die Partei der proletarischen Massen, werdet Mitglieder der kommunistischen Partei. Organisiert die Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg am 1. August 1929.

Der Reichstag mit Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn einverstanden

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montagmittag fanden im Reichstag die Abstimmungen zum Verkehrsetat statt. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die Reichsregierung aufzufordern, bei der Reichsbahn-WG dahin zu wirken, daß keine Erhöhungen der Güter- und Personentarife eintreten. Dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Desgleichen wurde der kommunistische Antrag zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner, zum Ausbau des Mittelstandsanfahrs abgelehnt. Angenommen wurden dagegen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen alle Summen für den Luftetat, die Summe für den Nürnbergring und die Summen zur Ausbildung der Flieger.

Der Weddinger Parteitag / Von Hermann Kemmele

Selten hat ein Ereignis im Leben unserer Partei die Verbundenheit des revolutionären Bortrupps mit den Gesamtmassen und den Hauptkämpfen des Proletariats so stark in Erscheinung treten lassen, wie der Weddinger Parteitag vom 8. bis 16. Juni 1929. Das lag nicht nur an der Lage des Tagungsorts, mitten im Herzen des roten Wedding, unmittelbar an der Stätte, wo die Barrikadenkämpfe vom 1. bis 4. Mai stattfanden, das zeigte sich vor allem in den unzähligen Delegationen, Telegrammen, Briefen usw. aus allen Teilen des Reiches. Es gab wohl keine neunenswerten Groß- oder Riesenbetriebe in Deutschland, dessen Belegschaft nicht zu unserem Parteitag gesprochen hätte. Und nicht nur einfache, ländliche „Begrenzungen“, nein, die ausgebeuteten und unterdrückten Lohnsklaven sagten der obersten Parteinstanz oft in ganz drastischer Weise, was sie von der Tagung ihrer Vertreter und Abgeordneten verlangten. Die meist kühne und revolutionäre Sprache, mit der sich die Betriebsbelegschaften an den Parteitag wandten, zeigte das große sets im Steigen begriffene Vertrauen, das die Partei in den Massen des deutschen Proletariats besitzt.

Seit Bestehen der Partei hatten wir noch keinen Parteitag, der so wie der Weddinger, aus Betriebsarbeitern zusammengesetzt war. Bei den 217 Delegierten, die die Parteimitgliedschaft zum Parteitag entsandte, befanden sich nur 25 Parteilegende (darunter 76 Betriebsräte gegen 8 und 91 Gewerkschaftsfunktionäre gegen 66 auf dem Essener Parteitag). Von den 26 weiblichen Delegierten (in Essen 5) waren 16 Arbeiterinnen aus Betrieben (in Essen keine); unter den „sonstigen“ Delegierten befanden sich 10 Frauen (Mitarbeiterinnen), Kleinbauern, Landarbeiter und Arbeitslose, die nicht zu den Betriebsdelegierten zählten. Diese Zusammenkunft des Weddinger Parteitages gab ihm das starke, proletarisch-revolutionäre Gepräge. Noch zu keinen Zeiten (selbst in Perioden revolutionärer Hochflut) hatten wir keinen Parteitag, auf dem die Delegierten so kompakt und ausdauernd den Verhandlungen gefolgt sind.

Keine Neben- und Sonderkonferenzen, keine privaten Unterhaltungen, keinerlei Vorgänge von außen konnten die äußerst große Aufmerksamkeit mit der die Delegierten sowohl den Referaten, wie den Diskussionen folgten, von den zur Erörterung stehenden Problemen ablenken. Trotz der hunderlangten Referate herrschte die gespannteste Aufmerksamkeit und die regsamste geistige Folgebilddung, was die Unterstreichungen durch Beifall oder Zwischenrufe der Delegierten zu den Referaten auf das lebhafteste bekundeten.

Eine Versammlung der besten Vertreter des deutschen Proletariats, die alle ihre Kräfte einsetzten, um die Waffen der deutschen Arbeiterklasse zu schärfen und unüberwindlich zu machen. Dieser Charakter des Weddinger Parteitages war ohne Zweifel die größte Stärke dieses Parteitagsgeschehens. Die starke Ver-

treitung der Arbeiter aus den Betrieben, der proletarischen Funktionäre aus Gewerkschaft und Werkstatt auf dem 12. Parteitag, die Vertretung von Arbeiterinnen, Landarbeitern und proletarischer Jugend — diese Zusammensetzung gab der Arbeit des Parteitages ihren Stempel. „Der Parteitag im Wedding war kein Parteitag der Minister und Exzellenzen, keine Tagung der Parteipräsidenten und Arbeitermörder, der Gewerkschaftsbürokratie und kapitalistischen Staatsfunktionäre. Nicht Ruhmriecher der kapitalistischen Ausbeuterrepublik, nicht Pfänder und Postenjäger, die es nach der Staatsstrikpe gelüftet, traten hier zusammen, wie es auf dem Magdeburger SPD-Parteitag der Fall war — nein, der Weddinger Parteitag war eine Tagung der deutschen Proletarier selbst!“ (Manifest des Parteitages).

Der 12. Parteitag stand in seinen äußeren Erscheinungen, in seiner Umgebung und in seinem inneren Gehalt ganz unter dem Eindruck des verschärften Klassenkampfes, der großen internationalen Zuspitzungen, der Vorbereitungen und Kämpfungen der imperialistischen Weltmächte zum Krieg gegen die Sowjetunion und der im Zeichen der verschärften Klassenkämpfe aufsteigenden revolutionären Welle. Die zentrale Achse der Verhandlungen bildeten daher ganz naturgemäß die verschärften Kampfmethoden und Kampfmittel des deutschen Proletariats gegen den Klassenfeind, gegen die gesteigerte Offensive des Trustkapitals und gegen die sozialfaschistische Entwicklung der kapitalistischen Staatsgewalt. Die zentralen Aufgaben und das Ziel des proletarischen Klassenkampfes waren gerichtet auf den Kampf um die Eroberung der Mehrheit bzw. der Hauptkämpfe der deutschen Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf unter Führung unserer Partei.

Diesen Hauptproblemen des Kampfes um die Hegemonie in der deutschen Arbeiterklasse wurden alle Fragen der lebendigen Politik der Partei, sei es auf dem Gebiet der Gewerkschaften, auf dem Gebiet der Wirtschaftskämpfe, der Betriebsrätewahlen usw. untergeordnet.

Der alles überragenden Bedeutung des Problems der Hegemonie für die Partei stellt aber auch der Klassengegner keine entscheidende Taktik und Politik terroristischer Maßnahmen gegenüber. Der Entwicklung der Sozialdemokratie vom Sozialchauvinismus der Kriegszeit zum Sozialimperialismus in der ersten und zweiten Periode ihrer Nachkriegsentwicklung folgt nunmehr in der dritten Periode die Etappe der Entwicklung zum Sozialfaschismus, d. h. die Anwendung faschistischer, terroristischer Unterdrückungsmethoden gegenüber der revolutionären Klassen durch Ausübung der im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Staatsgewalt. Die engste Verflechtung des Reformismus und der sozialdemokratischen Bürokratie in den Gewerkschaften und Massenorganisationen des Proletariats mit der trustkapitalistischen Staatsmacht und den Unternehmerverbänden, das vollkommene Preisgeben jedes selbständigen proletarischen